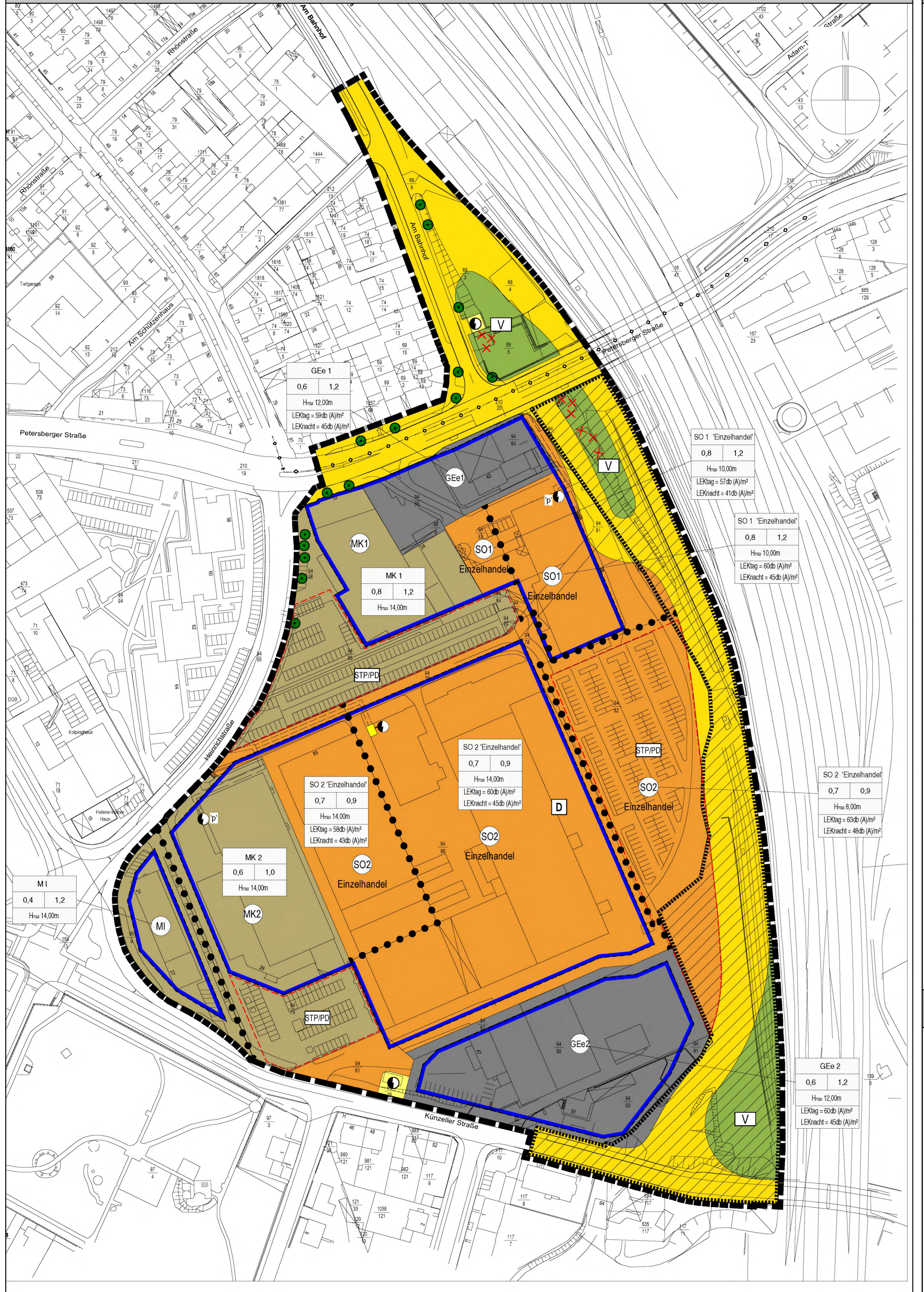


Planzeichnung



Planzeichenerklärung

Art der baulichen Nutzung	§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 1 bis 11 BauNVO
SO	Sondergebiete 'Einzelhandel'
MI	Mischgebiet
MK	Kerngebiete
GE	eingeschränkte Gewerbegebiete i.V. mit § 1 (4, 5) BauNVO
Baugebiet	Nutzungsschablone GRZ = Grundflächenzahl GFZ = Geschossflächenzahl H _{max} = maximale Bauhöhe (Beispiel) inmehrfach der überbauten Flächen einzuhaltenes Lärmemissionskontingente (vgl. Textl. Festsetz. 8.1)
Bauweise, Baulinien, Baugrenzen	§ 9 (1) Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO
Baugrenze	
Verkehrsflächen	§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB
Straßenverkehrsflächen	
Flächen für Versorgungsanlagen, Abfall-, Abwasserbeseitigung, Ablagerungen	§ 9 Abs. 1 Nr. 12, 14 und Abs. 6 BauGB
Grünflächen	§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB
öffentliche Grünfläche	Zweckbestimmung: Verkehrsgrün
Maßnahmen und Flächen zum Schutz und Pflege von Natur und Landschaft	§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB
Erhaltung: Bäume	
Sonstige Planzeichen	§ 1 Abs. 4, § 16 Abs. 5 BauNVO § 9 Abs. 1 Nr. 4 und 22 BauGB § 9 Abs. 7 BauGB
Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung	
Umgrünung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen	
Stellplätze/Parkdecks	
Leitungsnetze zugunsten der ÜWAG (Überleitwerke Fulda AG)	
Fläche mit aufstrebend bedingter Nutzung	
Fläche mit noch gewidmeten Bahnanlagen	
Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans	
Sonstige Darstellungen ohne Festsetzungscharakter	
Private Versorgungsanlage Elektrizität	
Abziss	
Nachrichtliche Übernahmen	
Kulturdenkmal	
Hauptversorgungsleitung 10 - KV unterirdisch	

Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch - BauGB i. d. F. d. B. vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316)

BauNutzungsverordnung - BauNVO i. d. F. d. B. vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), geändert durch Gesetz vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466)

Planzeichenverordnung - PlanZV vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58)

Bundsnaturschutzgesetz - BNatSchG in der Fassung vom 25.03.2002 (BGBl. I S. 1193), zuletzt geändert am 21.06.2005 (BGBl. I S. 1816)

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung -- UVPG i. d. F. d. B. vom 25.06.2005 (BGBl. I S. 1757), zuletzt geändert am 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316)

Hessische Bauordnung - HBO i. d. F. d. B. vom 18.06.2002 (GVBl. I S. 274), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.09.2005 (GVBl. I S. 662f.)

Hessisches Naturschutzgesetz - HENatG vom 04.12.2006 (GVBl. I S. 619)

Gesetz zum Schutz der Kulturdenkmäler - DenkmalSchG in der Fassung vom 05.09.1986 (GVBl. I S. 262, 270)

Hessisches Wassergesetz - HWG vom 06.05.2005 (GVBl. I S. 305)

Textl. Festsetzungen

NR. FESTSETZUNGEN **ERMÄCHTIGUNG** § 9 (1) Nr. 1 BauGB i.V. mit § 11 BauNVO

1. Art der baulichen Nutzung

1.1 In den Sondergebieten SO1 und SO 2 Einzelhandel sind **zulässig**:

(1) Einzelhandelsbetriebe i.S. des § 11 (3) BauNVO und sonstige Einzelhandelsbetriebe mit sortimentsbezogenen max. zulässigen Verkaufsflächen gemäß textlicher Festsetzung Ziffer 1.2.

(2) Schank- und Speisewirtschaften

(3) Räume für Dienstleistungsbetriebe und freie Berufe bis zu 2 % der zulässigen Geschossfläche

(4) Wohnungen i. S. von § 8 (3) Nr. 1 BauNVO für Aufsicht- und Betriebspersonal, soweit sie in den Baukörper des Betriebes baulich integriert sind und sich bezüglich Grundfläche und Baumasse dem Hauptbetrieb unterordnen.

1.2 In den Sondergebieten SO1 und SO 2 Einzelhandel sind die nachfolgenden Sortimente auf den mit maximalen Obergrenzen zugeordneten Verkaufsflächen (VKF) **zulässig**:

Sortimente	Obergrenzen in m ² Verkaufsfläche (BauNVO)
Bau- und Heimwerkermärkte/ Gartencenter/ dauerl. antenienrelevante Randsortimente*	9.300
Nahrung- und Genussmittel	800
Gesundheit/ Körperpflege	4.000
Zoologischer Bedarf	700
Schreib-/ Papierwaren (inkl. Zeitschriften)	550
Spielewaren	200
Bekleidung/ Textil	2.000
Schuhe	800
Sportbedarf	200
Elektronwaren	1.500
Einrichtungsbedarf/ Möbel/ dauerl. zeitenrelevante Randsortimente*	3.000
800	550
Hartwaren (Haushaltswaren, Glas/ Porzellan/ Keramik, Geschenkartikel, Heimtextilien, Wohnaccessoires)	750
Optik	175
Fahrrad / Zubehör	2.000
Autoteile / -zubehör	500
Motorradbekleidung / -zubehör	400
sonstiger Einzelhandel	300
Summe (zulässiger Maximalwert VKF)	3.500** 19.300**

* u.a. Haushaltswaren, Glas/ Porzellan/ Keramik, Geschenkartikel, Bastbedarf, Rahmen/ Kunst, Heimtextilien
** Maximalwert geringer als rechnerische Summe der Einzelnutzungen.

1.3 In den Kerngebieten MK 1 und MK 2 sind die folgenden gem. § 7 (2) BauNVO zulässig bzw. gem. § 7 (2, 3) BauNVO (3) BauNVO ausnahmsweise zulässige Betriebe und Anlagen **nicht zulässig**:

(1) Anlagen für sportliche Zwecke (Nr. 4),
(2) Tankstellen (2) Nr. 5 und (3) Nr. 1.

1.4 In den eingeschränkten Gewerbegebieten GE 1 und GE 2 sind nur Gewerbebetriebe, die das Wohnen nicht wesentlich stören und nicht nachfolgend unter den unzulässigen Nutzungen aufgeführt sind, zulässig. Die folgenden gem. § 8 (2) BauNVO zulässig bzw. gem. § 8 (3) BauNVO ausnahmsweise zulässige Betriebe und Anlagen sind **nicht zulässig**:

(1) Einzelhandelsbetriebe sowie Großhandelsbetriebe mit einzelhandelsähnlicher Vertriebsstruktur,
(2) Fuhr-, Bus-, Speditions- und Logistikunternehmen
(3) Reine Lagerhallen/ Außen- und Freilager/ Bauhöfe o.ä. (soweit nicht von nachgeordneter betriebstypischer Bedeutung für die Grundstücksnutzung),
(4) reine Fahrzeugdepots, Waschanlagen/ Reparaturwerkstätten (soweit nicht betriebsinterner Bedeutung für die Grundstücksnutzung),
(5) Gartenbaubetriebe, Anlagen für sportliche Zwecke (Nr. 4),
(6) Vergnügungstätten im Sinne des § 4a (3) Nr. 2 und Sexshops als Unterart von Einzelhandelsbetrieben sowie Bordelle, bordellartige Betriebe und Wohnungsproduktion.

1.5 Im Mischgebiet MI sind die folgenden gem. § 1 (5, 6, 9) Nr. 11 i.V.m. § 6 § 8 (2) BauNVO zulässig bzw. gem. § 8 (3) BauNVO ausnahmsweise zulässige Betriebe und Anlagen **nicht zulässig**:

(1) Einzelhandelsbetriebe sowie Großhandelsbetriebe mit einzelhandelsähnlicher Vertriebsstruktur (Nr. 3),
(2) Anlagen für sportliche Zwecke (Nr. 5),
(3) Gartenbaubetriebe (Nr. 6) und
(4) Tankstellen (Nr. 7),
(5) Vergnügungstätten im Sinne des § 4a (3) Nr. 2 und Sexshops als Unterart von Einzelhandelsbetrieben sowie Bordelle, bordellartige Betriebe und Wohnungsproduktion.

1.6 In den Baugebieten sind Stellplätze auch auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.

1.7 In den im Sondergebiet SO 2 für Stellplätze/ Parkdecks (ST/ PD) festgesetzten Flächen sind ebenerdige Stellplätze und maximal zweigeschossige Parkdecks zulässig. Die maximal zulässige Gebäudehöhe wird durch Einschiebe in den Plan festgesetzt.

2. Maß der baulichen Nutzung § 9 (1) Nr. 1 BauGB und §§ 16-20 BauNVO

2.1 In den Sondergebieten SO 1 und SO 2 Einzelhandel ist eine Überschreitung der zulässigen Grundfläche durch die Grundflächen der in § 19 (4) BauNVO bezeichneten Anlagen bis zu einer Grundflächenzahl von 1,0 zulässig.

2.2 In den Kerngebieten MK 1 und MK 2 ist eine Überschreitung der zulässigen Grundfläche durch die Grundflächen der in § 19 (4) BauNVO bezeichneten Anlagen höchstens bis zu einer Grundflächenzahl von 0,9 zulässig.

Textl. Festsetzungen

2.3 In den Baugebieten werden die maximal zulässigen Gebäudehöhen durch Einschiebe in den Plan festgesetzt. Als maximale Gebäudehöhe gilt das Maß zwischen der Bezugshöhe und dem Scheitelpunkt zwischen der Verlängerung der Außenwand und Oberkante First.

Eine Überschreitung der Höchstmaße durch untergeordnete Dachaufbauten ist um 2,00 m Höhe und auf bis zu 10% der Fläche der beabsichtigten Dachebene ausnahmsweise zulässig, wenn zwingende technische Notwendigkeiten dies rechtfertigen.

2.4 Die Bezugshöhe für Gebäudehöhen wird von der Oberkante der natürlichen Höhe der Geländeoberfläche im Gebäudemittelpunkt gemessen.

2.5 In den Sondergebieten SO Einzelhandel und in den Kerngebieten sind bei der Ermittlung der zulässigen Geschossflächen Tragarrangements nicht anzurechnen.

2.6 Anlagen zur Sammlung des Niederschlagswassers von Dachflächen werden nicht auf die Grundfläche angerechnet.

3. Öffentliche Grünflächen § 9 (1) Nr. 15 BauGB

3.1 Die öffentlichen Grünflächen - Straßenverkehrsgrün - sind als Vegetationsflächen anzulegen und dauerhaft zu erhalten. Mindestens 75 % der Flächen sind als von Bäumen und Sträuchern bewachsene Fläche anzulegen, zu erhalten und vor Beeinträchtigungen zu schützen. Im Fall des Abgangs sind Bäume und Sträucher durch gleichwertige zu ersetzen.

4. Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen. § 9 (1) Nr. 25 BauGB

4.1 In den Baugebieten (ausgenommen Sondergebiet SO 2 Einzelhandel) sind Dachflächen von Neubauten zu mindestens 50 % extensiv zu begrünen. Mindestschichtaufbau: 8 cm. Notwendige Fensteröffnungen, transparente Bedachungen, untergeordnete technische Aufbauten sowie Solaranlagen sind von dieser Regelung ausgenommen.

4.2 Im Sondergebiet SO 2 Einzelhandel sind Dachflächen von Neubauten zu mindestens 30 % extensiv zu begrünen. Mindestschichtaufbau: 8 cm. Alternativ kann je 10 m² begrünter Dachfläche ein Laubgehölzbaum gemäß den Anforderungen unter Punkt 4.4 gepflanzt werden.

4.3 Die zeichnerisch als zu erhalten festgesetzten Bäume sind zu erhalten, vor Beeinträchtigungen zu schützen und im Fall des Abgangs nach Maßgabe der Festsetzung 4.4 zu ersetzen.

4.4 Alle im Geltungsbereich zeichnerisch oder textlich festgesetzten Laubbäume sind als Hochstämme, Stammumfang mindestens 16-18 cm zu pflanzen. Die Baumstandorte sind als begrünte Vegetationsflächen mit in der Regel mindestens 2 m Breite und 4 m Fläche je Baum auszubilden und nachhaltig gegen Überfahren zu schützen. Es sind standortgerechte und heimische Gehölzarten zu verwenden.

5. Grundstücksfreiflächen § 9 (1) Nr. 25 a BauGB i.V. mit § 9 (4) BauGB und § 81 (1) Nr. 5 HBO

5.1 Innerhalb der Baugebiete (ausgenommen Sondergebiet SO 2 Einzelhandel) ist je angefangene 900 qm Grundstücksfläche mindestens ein großkroniger Laubbaum zu pflanzen. Vorhandene Bäume können angerechnet werden. Abgänge sind gleichwertig zu ersetzen.

5.2 Innerhalb des Mischgebietes MI sind mindestens 30 % innerhalb der Gewerbegebiete GE mindestens 20 % der Grundstücksflächen als Vegetationsflächen anzulegen und dauerhaft zu unterhalten. Mindestens 10 % der Vegetationsflächen sind mit Gehölzen zu bepflanzen. Abgänge sind gleichwertig zu ersetzen.

5.3 Bei Neupflanzungen sind für Sträucher mindestens 50 % der Gehölze entsprechend der Artenliste Sträucher, für Bäume mindestens 75 % der Artenliste Bäume der Begründung zu verwenden.

5.4 Ebenendige Stellplätze sind so herzustellen, dass nicht schädlich verunreinigtes Niederschlagswasser versickern kann, sofern wasserwirtschaftliche Belange nicht entgegen stehen.

6. Sonstige Festsetzungen § 9 (2) BauGB

6.1 Auf den zeichnerisch als noch gewidmete Bahnanlagen sowie mit aufstrebend bedingter Nutzung gekennzeichneten Flächen werden die zeichnerisch festgesetzten Nutzungen am Tag nach Bestandskraft des Freistellungsbeschlusses gemäß § 23 AEG (Allgemeines Eisenbahngesetz) zulässig.

Der Bedingungsantritt muss bis zum 31.12.2013 erfolgen.

6.2 Innerhalb des räumlichen Geltungsbereichs dieses Bebauungsplanes werden die Festsetzungen der Bauordnungspläne Nr. 61, Nr. 61 1. Änderung, Nr. 61 3. Änderung und Nr. 82 aufgehoben.

7. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen § 9 (4) BauGB i.V. § 81 HBO

7.1 Dachgestaltung

7.1.1 In den Baugebieten sind nur Flachdächer und Dächer bis maximal 20 % Neigung zulässig.

7.2 Einfriedungen § 81 (1) Nr. 3 HBO

7.2.1 Einfriedungen sind nur als Metallzäune (z.B. Industriezäune, Stab-Maschen-Zäune), als beidseitig ganzflächig mit Pfanklappen eingegriffene Mauer- oder als standortspezifische, einreihige Laubgehölzhecken bis zu einer Höhe von 2,50 m zulässig.

7.2.2 Einmündungen und verkehrsfähige Bereiche sind von Sichtbehinderungen freizuhalten.

7.3 Werbeanlagen § 81 (1) Nr. 1 HBO i.V. § 3 und § 9 HBO

7.3.1 In den Sondergebieten SO Einzelhandel sind Werbeanlagen nur an der Stätte der Leistung, d.h. an den für den Verkauf bestimmten Hauptgebäuden oder im Zusammenhang mit Verkaufsfächen außerhalb von Gebäuden zur Eigenwerbung der ansässigen Firmen zulässig. Zusätzlich sind Sammelweisschilder an den Grundstückseinfahrten zulässig.

Nicht zulässig sind Anlagen mit weit sichtbarem, wechselndem und bewegtem oder großem Licht (z.B. Skyboxes, Laufschirfen, Monitore und Bildschirm).

Textl. Festsetzungen

8. Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen § 9 (1) Nr. 24 BauGB i.V. mit § 1 (4) BauNVO

8.1 In den Baugebieten sind nur Vorhaben (Betriebe und Anlagen) zulässig, deren Geräusche die jeweiligen planzeichnerisch festgesetzten Emissionskontingente LEK nach DIN 45691 weder tags (06.00 - 22.00 Uhr) noch nachts (22.00 - 06.00 Uhr) überschreiten.

Die Anwendung der Emissionskontingente ist dabei nur für die nördlich, westlich und südlich gelegenen MI- und MK-Flächen innerhalb und außerhalb des Bebauungsplanes erforderlich. Die Anwendung der Emissionskontingente in östlicher Richtung kann entfallen.

Die Prüfung der Einhaltung erfolgt nach DIN 45691, Abschnitt 5.

Nachrichtliche Übernahmen

1. Der auf dem Flurstück 94/ 96 (Flur 16) gelegene östliche Gebäudeschutt des ehemaligen Emalierwerkes ist gem. § 2 (1) Denkmalschutzgesetz eingetragenes Kulturdenkmal.

Hinweise

1. Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes gilt die Stellplatzsatzung der Stadt Fulda in ihrer jeweils gültigen Fassung, soweit der Bebauungsplan nichts anderes festsetzt.

2. Im Geltungsbereich des Bebauungsplans gilt die Gestaltungssatzung der Stadt Fulda in ihrer jeweils gültigen Fassung.

3. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegt in einem ehemaligen Bombenabwurfgebiet.

4. Bodenründe sind gem. § 20 Denkmalschutzgesetz zu behandeln. Die Fundamentreste sind an das Landesamt für Denkmalpflege, Abteilung für Vor- und Frühgeschichte, Marburg oder an die Untere Denkmal-schutzbehörde der Stadt Fulda zu richten.

5. Für den Schutz von Bäumen bei Baumaßnahmen gelten die Richtlinien für die Anlage von Straßen, Abschnitt 4 RAS-LF 4.

6. Heizlagerräume sind gem. § 31 Hessisches Wassergesetz (HWG) in Verbindung mit § 29 Anlagenverordnung (VAVS) der Wasserbehörde der Stadt Fulda anzulegen.

7. Die Installation von Wärmepumpen ist gem. § 17 und § 19 Hessisches Wassergesetz (HWG) erlaubnispflichtig.

8. Maßnahmen zur Versickerung von Oberflächenwasser sind mit dem Kreisamtschuss des Kreises Fulda, Fachdienst Bauen und Umräumen, Sachgebiet Wasser- und Bodenschutz abzustimmen.

9. Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes sind gemäß Altlasteninformationssystem ALIS des Hessischen Landesamtes für Umwelt und Geologie acht Altlasten ausgewiesen.

Fulda, den 10.11.2008 (Siegel) Der Magistrat der Stadt Fulda (gez. Möller) Oberbürgermeister

Die Stadtverordnetenversammlung hat den Bebauungsplan Nr. 162 nach Prüfung der Anregungen in ihrer Sitzung am 14.12.2007 gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Fulda, den 10.11.2008 (Siegel) Der Magistrat der Stadt Fulda (gez. Möller) Oberbürgermeister

Der von der Stadtverordnetenversammlung nach § 10 BauGB als Satzung beschlossene Bebauungsplan Nr. 162 wurde am ... 2007 ... ortsüblich bekannt gemacht. Auf die Stelle, bei welcher der Bebauungsplan auf Dauer eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, wurde in der Bekanntmachung hingewiesen. Der Bebauungsplan tritt mit der Bekanntmachung in Kraft.

Fulda, den 10.11.2008 (Siegel) Der Magistrat der Stadt Fulda (gez. Möller) Oberbürgermeister

Aufstrebend bedingte Nutzungen (Unzutreffendes bitte streichen)

Für die als Fläche mit aufstrebend bedingter Nutzung zeichnerisch gekennzeichnete Fläche ist die Bedingung durch die Bestandskraft des Freistellungsbeschlusses des Eisenbahnbundesamtes (EBA) eingetretten.

Für die als Fläche mit aufstrebend bedingter Nutzung zeichnerisch gekennzeichnete Fläche sind die festgesetzten Nutzungen dauerhaft unzulässig, weil die Frist für die textliche Festsetzung 6.1 abgelaufen ist, ohne dass die Bedingung eingetreten ist.

Fulda, den 10.11.2008 (Siegel) Der Magistrat der Stadt Fulda (gez. Möller) Oberbürgermeister

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 26.03.2007 die Aufstellung des Bebauungsplanes der Stadt Fulda Nr. 162 gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen. Der Beschluss wurde am 07.04.2007 ortsüblich bekannt gemacht.

Fulda, den 10.11.2008 (Siegel) Der Magistrat der Stadt Fulda (gez. Möller) Oberbürgermeister

Die frühzeitige Information der Öffentlichkeit erfolgte auf der Grundlage der von der Stadtverordnetenversammlung im September 2005 beschlossenen Masterplanung Südliche Innenstadt.

Fulda, den 10.11.2008 (Siegel) Der Magistrat der Stadt Fulda (gez. Möller) Oberbürgermeister

Die öffentliche Auslegung des Bebauungsplans Nr. 162 nebst Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB wurde in der Zeit vom 16.04.2007 bis 16.05.2007 durchgeführt. Die öffentliche Bekanntmachung der Auslegung ist am 07.04.2007 ortsüblich erfolgt.

Die berührten Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 16.04.2007 über die Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB benachrichtigt und gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.

Fulda, den 10.11.2008 (Siegel) Der Magistrat der Stadt Fulda (gez. Möller) Oberbürgermeister

Verfahrensvermerke

Bebauungsplan der Stadt Fulda Nr. 162 'Neuordnung des Gebietes zwischen Petersberger, Heinrich-, Künzeller Straße und geplanter Ostumfahrung' Satzung

Maßstab: 1: 1000 Datum: 04.10.2007

Michael Bergholter
Dipl.-Ing. Architekt BDA Stadtplanner SRL
Barbara Ellinger-Brinckmann
Dipl.-Ing. Architektin BDA DWB

Hessentaler 2
34130 Kassel
Tel.: 0561-70775-0
Fax: 0561-70775-23

ARCHITEKTUR + NUTZUNGSPLANUNG